

Politischer Journalismus als Verfassungsauftrag

Abschlussvortrag von Stefan Raue
auf der Konferenz „Formate des Politischen“
am 15. November 2019 in Berlin

Und was wird dann aus uns? Wenn wir ganz ehrlich sind, war dieser inzwischen legendäre Satz, leicht abgewandelt, also der berühmte tiefe Stoßseufzer der Heide Simonis nach ihrem Sturz 2005, war dieser Satz auch der berühmte weiße Elefant während dieses spannenden Tages. Der weiße Elefant, der immer anwesend ist, aber über den niemand sprechen mag.

Was wird dann aus uns? Hier mitten unter uns Journalisten, politischen Journalisten, hier mitten in der Herzkammer des Hauptstadt-Journalismus, in der Bundespressekonferenz. Wichtigster Umschlagplatz politischer Informationen, Meinungsbörse, Bezugspunkt, Treffpunkt von politischen Akteuren und uns, die wir den anderen Teil der demokratischen Öffentlichkeit repräsentieren, oder das zumindest in Anspruch nehmen.

Ohne uns kann es doch eigentlich nicht gehen, wer berichtet denn über den Stand der Deutschen Einheit, die Pflicht zur Masernimpfung, über das Bundesfernstraßennetzgesetz, über die Zukunft Europas aus Sicht des deutschen Parlaments oder die Förderung der Hochschullandschaft unter der Berücksichtigung der Zuständigkeit der Bundesländer? Wer, wenn nicht wir? Eigentlich Grund genug, selbstbewusst zu sein, mancher fühlt sich gar von morgens bis tief abends als 4. Gewalt im Staat. Und dann dieses Menetekel an der berühmten blauen Hintergrund-Wand der Bundespressekonferenz: Was wird aus Euch?

Denn eines dürfte uns in den letzten Jahren bis zum heutigen Tag klar geworden sein: Nichts hat auf ewig Bestand, auch wir nicht und die Rolle, die nicht zuletzt wir selbst uns zuschreiben. Aber: In das große Feld zwischen politischen Akteuren und den etablierten politischen Leitmedien drängen sich Viele. Bei dieser Tagung sind einige zu Wort gekommen. Die Parteien und Parlamentarier selbst, die Ministerien, die Lobbyisten, die Medienberater, die Helden und Heldinnen der sozialen Medien, die Twitterer und Facebooker. Und glaube keiner, die würden sich in Bescheidenheit üben und uns den Vortritt lassen. Viele machen kein Hehl daraus, dass sie uns für überflüssig halten, oder dass sie uns mittelfristig überflüssig machen wollen. Verstärkt wird dieser Trend durch die, die immer noch glauben, der Markt alleine mit seinen kalten ökonomischen Regeln könnte das allein und vor allem besser regeln. Alle Schleusentore auf, alle Regeln beiseite, politische Information als Ware wie ein deutsches Dieselfahrzeug in guten, alten, längst vergangenen Zeiten.

Dieser Verdrängungswettbewerb um die Aufmerksamkeit im politischen Diskurs macht alle nervös. Wir alle haben die Lügenpresse-Kampagne und die verbale und auch körperliche Gewalt gegen die Medien, gegen Kolleginnen und Kollegen in den Knochen, den Hass und die Drohungen. Das entgleiste Gesicht des berühmten Hutbürgers, eines Angestellten im öffentlichen Dienst eines Bundeslandes, diese rasende und giftige Wut gegenüber Kollegen, die ihren Beruf ruhig und professionell ausüben und keinerlei Anlass zu einem derartigen Hassausbruch gegeben haben. Und wir beobachten genau, wie Johnson, Trump, Putin, Strache, Weidel und viele andere ihr zynisches Spiel mit den politischen Leitmedien treiben und sich voll und ganz auf die kommunikative Dauerbetreuung ihrer Fans und Anhänger konzentrieren.

Was wird aus Uns? und wie können wir aus dieser tiefgreifenden Sinnkrise wieder herauskommen?

Erste Voraussetzung wäre vielleicht eine größere Solidarisierung und ein stärkerer Zusammenhalt der Medien, die überhaupt noch politische Berichterstattung leisten. Aber seien wir ehrlich, unsere Branche ist nicht gerade durch Solidarität und Fairness untereinander bekannt. Die großen Tageszeitungen, die politischen Magazine in Print und Digital, die Öffentlich-Rechtlichen Rundfunksender, die Regionalzeitungen, die Lokalfunker, die Agenturen, die zahlreichen Freelancer, die Krise hat nicht dazu geführt, dass wir enger zusammenrücken und mit großem Respekt voreinander agieren. Allerdings: Dieser innere Zwist, die inneren Verwerfungen bewahren uns auf der anderen Seite immerhin strukturell davor, überhaupt kampagnenfähig zu sein, das meint, wir sind schlicht gar nicht in der Lage, eine Medienkampagne für oder gegen etwas zu organisieren, was ja durchaus etwas Positives ist. Aber ganz ehrlich: In der Auseinandersetzung mit den Gegnern der freien Gesellschaft hilft eine derartige Uneinigkeit nicht.

Hört man sich in den Nachbarländern um, wie es dort aussieht, dann beruhigt und beunruhigt das zugleich. Tatsache ist, dass die Situation auch in europäischen Demokratien immer schwieriger wird. Und fragt man Deutschlandkenner unter den auswärtigen Kollegen nach den großen Unterschieden, dann erhält man die Antwort: Ihr in Deutschland habt ein Verfassungsgericht, das sich nicht darauf beschränkt, die Buchstaben der Verfassung zäh zu verteidigen, das vielmehr in seinen Deutungen und Ableitungen die Rolle der Medien in der Demokratie über Jahrzehnte in besonderer Weise hervorgehoben hat. Dass hat auch etwas damit zu tun, dass in allen Urteilen zur Rolle der Medien die Erfahrung mit der Endphase der Weimarer Republik und im Dritten Reich wirksam gewesen ist, von Hugenberg bis Goebbels. Der totalitäre Zugriff beispielsweise auf den Rundfunk begann mit der rechtskonservativen Regierung von Papen, nicht erst mit der Machtergreifung der Nazis.

Es liegt in der Natur der Sache, dass das Verfassungsgericht sich vor allem mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk beschäftigt hat. Dabei ging es zentral um die Wahrung der Staatsferne, nie wieder sollte ein Medium, das ein Millionenpublikum

erreicht, in die Hand einer Regierung, eines Ministeriums oder von Parteien fallen. Ob beim berühmten „Adenauer-Fernsehen-Urteil“, ob zum staatsfernen Prozedere der Finanzierung und Beitragsfestlegung bis hin zur staatsfernen Besetzung der Aufsichtsgremien, die Grundfrage war stets, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk unabhängig von politischen und ökonomischen Zwängen bleiben kann. Doch so fast nebenbei lieferte das Verfassungsgericht auch Hinweise, wozu der politische Journalismus eigentlich da ist und welche Rolle er im Einzelnen einzunehmen hat. Und es ist ermutigend und von zentraler Bedeutung, dass das Verfassungsgericht nicht nur defensiv für die Bewahrung der Presse- und Meinungsfreiheit argumentiert, sondern offensiv den Medien eine zentrale Rolle im demokratisch-politischen System zuweist. Die Medien nicht als Vierte Gewalt, denn wir haben dazu kein Mandat, aber mit einer bedeutsamen Funktion im demokratischen Gemeinwesen. Schon in der Entscheidung zur so genannten Spiegelaffäre aus dem Jahr 1962 heißt es: „Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse ist ein Wesenselement des freiheitlichen Staats, insbesondere ist eine freie, regelmäßig erscheinende politische Presse für die moderne Demokratie unentbehrlich. Soll der Bürger politische Entscheidungen treffen, muß er umfassend informiert sein, aber auch die Meinungen kennen und gegeneinander abwägen können, die sich gebildet haben. Die Presse hält diese ständige Diskussion im Gang. Sie beschafft die Informationen, bezieht dazu Stellung und wirkt dadurch orientierend.“

Vor allem die letzten Sätze sind ein früher Hinweis auf einen sehr weiten Begriff von politischer Information. In der inzwischen chronischen Diskussion über die angeblich einseitigen, tendenziösen Medien wird häufig latent oder offen eine Aufgabe der Medien beschrieben, die gewissermaßen als leblose Reflektionsfläche die sogenannten Fakten oder Statements spiegeln sollen.

Nein, den Medien, vor allem den Leitmedien im Print und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hat das Verfassungsgericht im Namen des Grundgesetzes eine ganze Menge mehr aufgebürdet. „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“ hat Niklas Luhmann in seinem prägnanten Welterklärungsduktus formuliert. Uns würden schnell sehr viele Gegenbeispiele einfallen, aber die Perspektive und der Kern sind richtig. Die Massenmedien, auch in ihrem gegenwärtigen Aggregatzustand, nehmen für die Information und die Orientierung eine zentrale Rolle ein. Und wenn es sich beim betreffenden Gemeinwesen um eine parlamentarische Demokratie handelt, in besonderer Weise. „Die Abbildung von Informationen, Erfahrungen, Werthaltungen und Verhaltensmuster“, so hat der ehemalige Verfassungsrichter Dieter Grimm die zentrale Aufgabe der Medien beschrieben. Sie sollen aber auch ein „kritisches Gegengewicht“, eine skeptische Gegenposition bilden, die dem strukturell notwendigen Misstrauen gegenüber der Macht und der strukturell notwendigen Möglichkeit des demokratischen Machtwechsels gerecht wird, wie es Ulrich von Alemann herausgearbeitet hat.

Wo ist daher unser Platz, was sollen wir also? Wir sollen Vielfalt darstellen, politischen Streit ermöglichen, und das auf der Basis gesicherter Erkenntnisse und Einschätzungen im rationalen Diskurs! Das ist auch der Kern des Verfassungsgerichtsurteils vom Juli des letzten Jahres, in dem es nur vordergründig um Rundfunkbeitrag, Zweitwohnungen und Radiogeräte in Leihwagen ging. Das Verfassungsgericht hat die Gelegenheit genutzt, diesen Kernauftrag politischer Berichterstattung auch für die Zeiten im wahrsten Sinne grenzenloser globaler Kommunikation festzuschreiben. Das klingt angesichts der Dynamik der neuen Medienwelt, ihrer teilweise zerstörerischen Kraft, angesichts der Shitstorms und der verängstigten Reaktionen auf derartige Kampagnen in der Öffentlichkeit wie eine tapfere Geschichte aus vergangener Zeit, aber es entspricht klar dem Verfassungsauftrag für uns Journalisten, und nichts anderes kann da zählen.

Klar ist damit, Meinungen und Wertungen gehören mit zur Grundinformation, dem Verfassungsgericht schwebt keine artifizielle Medienwelt von „Fakten, Fakten, Fakten“ vor, wohl wissend, dass der Weg der Erkenntnis in der Wissenschaft wie auch in den Medien ein Vorgang ist, der mit Verifikation und Falsifikation arbeitet, ein ständiger und dynamischer Überprüfungsprozess. Und würde man dieses Land zur Zeit begreifen, wenn man es nur in Fakten, Fakten, Fakten schildern würde?

Der von manchem herbeigesehnte Entwurf der Medien als Verlautbarungsplattform ohne journalistische Gatekeeper und Prüfungs- und Umsetzungsinstanz ist vom Verfassungsgericht nicht gewollt. Aber: die vorsätzliche oder fahrlässige Vermischung von Meinung und Tatsachenbehauptung gehört wiederum auch nicht in den Verfassungsauftrag. Meinungen ja, aber nicht im Gewand von Tatsachenbehauptungen, ewigen Wahrheiten und apodiktischen Formulierungen. Und es wäre zu prüfen, ob die derzeitige Renaissance der Haltung als journalistischer Tugend nicht in eine derartige Irre führt. Die Zeiten sind heftig und aggressiv, und es sind nicht die Journalisten, die die Dämme haben brechen lassen. Wir haben die Tabubrüche im Umgang mit freien, professionellen Medien bei Trump schmerzhaft gespürt, aber das auch schon bei Berlusconi, Orban, Putin etc. etc..

Respektlos und zynisch machen sie die kritisch Fragenden zur Partei in ihren geistigen Bürgerkriegen. Nur, dürfen wir uns davon provozieren lassen? Lassen wir uns ein auf das Spiel, auf das polemische Hin und Her?

Schon der Begriff „Haltung“ sollte uns zur Vorsicht mahnen. Eigentlich ein ziemlich leerer Begriff, Oskar Lafontaine würde ihn zu Recht zu den „Sekundärtugenden“ zählen. Haltung wozu und wofür? Wo von Haltung so lautstark die Rede ist, da wird ein implizierter als normativ vermuteter Wert damit verbunden. Aber Haltung selbst, gewissermaßen pur meint lediglich das „nicht einknicken“, das „nicht opportunistisch auf die Knie sinken“, im Streit anderen Meinungen die Stirne bieten. Alle hier vorne auf dem Podium haben Haltung bewiesen, inmitten von Mitdiskutanten, Zuhörerinnen und Zuhörern, die möglicherweise politisch eher auf der anderen Seite sitzen.

Nein, verschonen wir uns mit diesem Ruf nach Haltung. Machen wir unsere Arbeit professionell und mit kritischer Distanz zur Macht, ohne Sensationsgier, begegnen wir der Macht mit Respekt, aber auch mit dem notwendigen Maß an Fremdheit. Warum zieht es uns manchmal in den Wärmestrahl der Mächtigen aus Wirtschaft und Politik? Im bewussten Distanz halten mag Haltung durchaus eine Rolle spielen, aber sie ist nicht der Schlüssel zu unserem verfassungsgemäßen Auftrag.

Weniger Haltung? Weniger Meinung? Weniger Kommentare in unseren Medien, wäre das die Perspektive, die uns wieder mit vielen Gegnern versöhnen könnte? Nein, aber Kommentare, die die Sachzusammenhänge sauber sortieren und dann zu einer eigenen Einordnung kommen, klar, und ruhig auch zugespitzt und scharf, aber Einordnungen, die den Andersdenkenden den Respekt und die Würde nicht verweigern. Das wäre ein Beitrag zur politischen Kultur in diesen aufgeregten Zeiten.

Aber was wird denn nun aus uns? Welche Rolle sollen und werden wir denn spielen in der neuen Medienwelt zwischen politischer Direktansprache via Twitter und Facebook und der Dominanz der neuen globalen Monopolisten, von der wütenden Fake News-bewegung ganz zu schweigen.

Der Medienrechtler Bernd Holznapel hat bei einem Vortrag in unseren Funkhäusern in Berlin und Köln vor wenigen Wochen einen spannenden Hinweis auf das Verfassungsgerichtsurteil des vergangenen Jahres gegeben. Professor Holznapel hat die ausführlichen Bemerkungen der Verfassungsrichter zur neuen digitalen Kommunikationswelt mit ihren Gefahren als neue Herausforderung für die Öffentlich-Rechtlichen bewertet. Sehr verkürzt: In der Logik des Verfassungsgerichts ist mittelfristig das Privileg der Beitragsfinanzierung nur dann gerechtfertigt, wenn es den Öffentlich-Rechtlichen gelingt, in dieser neuen Öffentlichkeit das wirksame Gegengewicht darzustellen, das eine umfassende, vielschichtige, den Zwängen des Marktes nicht unterworfenen und unabhängigen politischen Berichterstattung bietet und den freien politischen Diskurs in einer Demokratie ermöglicht. Das Verfassungsgericht hatte sich mit dem Rundfunkbeitrag zu beschäftigen, mit den öffentlich-rechtlichen Sendern, und nicht mit der Rolle der Medien insgesamt, aber wir dürfen getrost davon ausgehen, dass das Verfassungsgericht die Rolle der seriösen Leitmedien insgesamt so bewertet, also all jene, die in dieser Bundespressekonferenz vertreten sind und sich mit der politischen Berichterstattung tagaus tagein beschäftigen. Und nun mag sich jeder für sein Medium, seine Zeitung, seinen Sender fragen, wie weit wir das schon verinnerlicht haben. An unserem Erfolg, an unserer Reichweite und unserer Resonanz im Netz entscheidet sich unsere künftige Rolle und unsere Zukunft überhaupt, nicht nur aus wirtschaftlichen Zwängen und Erwägungen. Grund genug, uns nicht mit lähmenden Selbstzweifeln und negativer Fixierung auf die giftigen Exzesse der neuen Kommunikationsformen zu blockieren, sondern die Herausforderung anzunehmen.

Herzlichen Dank